



Entschließungsantrag

der Abgeordneten Josef Bucher, Ursula Haubner
und Kollegen

betreffend **Ausbau der Kinderbetreuungsplätze**

eingbracht im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag der Abgeordneten Bucher, Kollegin und Kollegen betreffend Genug versprochen – Steuern und Gebühren runter! in der 211. Sitzung des Nationalrates am 27. Juni 2013

Neben der Verbesserung der Familienbeihilfe spricht sich Mitterlehner auch für einen beschleunigten und qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote in allen Bundesländern aus, wie es in der Regierungs-Einigung verankert worden ist. "Durch eine gute Betreuung und Förderung werden nicht nur die Eltern bei ihrer unersetzlichen Erziehungsarbeit gezielt unterstützt, sondern erhöhen sich auch die späteren Bildungschancen. Daher wollen wir nicht nur mehr Plätze schaffen, sondern in Zukunft auch einen stärkeren Fokus auf die Qualität des Angebots legen", betont Mitterlehner. Laut Ministerratsbeschluss soll im 1. Halbjahr 2014 ein neues Gesetz beschlossen werden, mit dem der Bund den für die Kinderbetreuung zuständigen Ländern Mittel in Höhe von jährlich 100 Millionen Euro für die kommenden vier Jahre zur Verfügung stellt. "Das wären dann jährlich fast sieben Mal mehr als bisher, denn derzeit stellen wir den Ländern 15 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung", so Mitterlehner.

Der Schwerpunkt des Mitteleinsatzes soll auf dem Ausbau der Betreuungsplätze für Unter-Drei-Jährige liegen, damit Österreich das Barcelona-Ziel der EU möglichst bald erreicht. Darüber hinaus sollen die Öffnungszeiten der Krippen und Kindergärten bedarfsgerecht erweitert werden. Derzeit haben 74,9 Prozent der Krippen (949 von insgesamt 1.267) und 29,8 Prozent der Kindergärten (1.368 von insgesamt 4.595) mehr als 47 Wochen pro Jahr geöffnet. In diesem Zusammenhang sollen auch gemeindeübergreifende Angebote ausgebaut werden, was vor allem im Sommer Vorteile bringt. Schon im Zuge der bestehenden 15a-Vereinbarung mit den Ländern zum Ausbau der Kinderbetreuung wird die Erweiterung der Öffnungszeiten gezielt gefördert und damit stärker unterstützt. Darüber hinaus soll mit der geplanten Aufstockung der Mittel vor allem auch die Qualität des Kinderbetreuungsangebots gezielt gefördert werden.

Damit die Wähler sicher sein können, ob die von den Regierungsparteien vor der Wahl angekündigten Verbesserungen auch tatsächlich umgesetzt werden stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat bis 1. September 2013 einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, mit dem der Bund den für die Kinderbetreuung zuständigen Ländern Mittel in Höhe von jährlich 100 Millionen Euro für die kommenden vier Jahre zur Verfügung stellt, sodass der Ausbau der Betreuungsplätze für Unter-Drei-Jährige und vor allem auch die Qualität des Kinderbetreuungsangebots

gezielt gefördert, sowie die Öffnungszeiten der Krippen und Kindergärten bedarfsgerecht erweitert werden können."

Wien, am 27.06.2013

D. G. ...

C. ...
S. ...

G. ...

U. ...

G. ...

P. ...

M. ...